

Nummer 65 - Frühjahr 2009 - 14. Jahrgang

Spende: 1.- Euro

TIERRA Y LIBERTAD

Land und Freiheit - Nachrichten aus Chiapas, Mexiko und mehr



Rebellisch, würdig, wütend:
15 Jahre Zapatistischer Aufstand

Liebe Leserinnen und Leser,

auch wenn es draußen kalt ist, so haltet ihr doch die Frühjahrsausgabe der Tierra y Libertad in Händen. Nach Frühling sieht die Welt allerdings nicht aus. Der Krieg in Gaza, die Wirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen, die Ermordung von GewerkschafterInnen, JournalistInnen, ZivilistInnen etc. lässt alles dunkel aussehen.

Lichtblick sind hier die Widerstände von links unten, die sich in der Welt breit machen. Einen Teil dieser Widerstände aus 21 Ländern konnte mensch beim Festival der würdigen Wut in Chiapas sehen, an dem 10 000 Menschen teilgenommen haben.

15 Jahre zapatistischer Aufstand wurden würdig gefeiert! Weitere Themen dieser Ausgabe sind das europäische Treffen zur Verteidigung der zapatistischen Autonomie, Naturschutz und die Reise der Menschenrechtskoordination.

Ein besonderer Dank geht an Hinrich Schulze, dessen Fotos das Cover und den Artikel zum Festival der würdigen Wut zieren.

Für Anregungen, Rückmeldungen und rechtzeitig eingesandte Artikel (ein grosses Lob an die VerfasserInnen) sind wir wie immer dankbar!

Die Redaktion der Nummer 65

PS. Ein besonderes Dankeschön geht an das jüngste Mitglied der Redaktion - gerade mal 2 Jahre alt, das immer für gute Laune sorgte. Für die Schokolade- und natürlich Briefe an die Redaktion gibt es jetzt eine Postadresse (siehe Impressum).

die Redaktion der Nummer 65

Inhalt:

Vom zapatistischen "Festival der würdigen Wut"	S. 3
Weltfrauenmarsch gegen die Straflosigkeit	S. 7
Menschenrechte in Mexiko	S. 8
Bericht einer Recherchereise	
Freies Radio in Guerrero	S. 10
Interview mit "Radio Ñomdaa"	
Mehr als Bananen und Kanal	S. 12
Arbeitskämpfe in Panama	
Emanzipative Kräfte unterstützen!	S. 13
Zur Situation in Israel/Palästina	
Gaza nach dem Krieg	S. 14
Plötzlich ist Geld da...	S. 15
Zum woher und wohin der Finanzkrise	
Profitabler Naturschutz	S. 18
Buchvorstellung zum Geschäft mit der Rettung der Natur	
Europäisches Treffen zu den Zapatistas	S. 19
Chiapas-Gruppe Tirol stellt sich vor	S. 19

Impressum:

HerausgeberInnen:

Ya-Basta-Netz in Zusammenarbeit mit
Café Libertad Kooperative und
Zapapres e.V.

Kontakt zur Redaktion:

landundfreiheit@riseup.net
und: c/o Zapapres e.V.
Postfach 306126, 20327 Hamburg
V.i.S.d.P.: C. Ramona
Dahlweg 64, 48153 Münster
Auflage: 2200 Exemplare

Vertrieb:

abolandundfreiheit@riseup.net
Spendenvorschlag bei Bestellungen:
1 Exemplar - 2 Euro
5 Exemplare - 4 Euro
10 Exemplare - 6 Euro
20 Exemplare - 10 Euro
50 Exemplare - 22 Euro
am Jahresende können
Spendenbescheinigungen (ab 10 Euro)
ausgestellt werden



Die Tierra y Libertad
wird erstellt mit

Scribus

Open Source Desktop Publishing
www.scribus.net

Der Kaffee für den täglichen Aufstand!

Zapatistischer Kaffee & Espresso
Solidarischer Handel mit aufständischen indigenen Gemeinden in Chiapas - Mexiko

Café Libertad Kollektiv eG
Stresemannstr. 268 - 22769 Hamburg
Telefon: 040-20906892 * Fax: -93
www.cafe-libertad.de * cafe-libertad@gmx.de

Wie weiter mit der „würdigen Wut“?

Pro-zapatistische Linke feiert mit dem „Ersten weltweiten Festival der würdigen Wut“ 25 Jahre EZLN, 15 Jahre Aufstand und fünf Jahre De-facto-Autonomie in Chiapas. Delegierte und RednerInnen benennen Zapatismus als Referenzpunkt für Kämpfe um Autonomie auf globalem Niveau. Institutionelle Linke und Medien in Mexiko kritisieren „Sektiererei“ der EZLN-Führung.

Vom 26. Dezember 2008 bis zum 5. Januar 2009 beteiligten sich in Mexiko-Stadt und Chiapas insgesamt über 10.000 Personen am „Ersten weltweiten Festival der würdigen Wut“. Das Hauptmotiv des Treffens, zu dem die Zapatistische Armee zur nationalen Befreiung (EZLN) aufgerufen hatte, war ein intensiver Dialog an der Basis über verschiedene soziale Kämpfe in Mexiko und auf globaler Ebene sowie eine Debatte über zukünftige Strategien „für eine andere Welt“. Die meisten der anwesenden Gruppierungen und Personen waren Angehörige der „Anderen Kampagne“, einer von den Zapatistas 2005 angestoßenen außerparlamentarischen Mobilisierung zur Durchsetzung einer neuen antikapitalistischen Gesellschaftsordnung „von unten für unten“.

Angehörige von über 285 Kollektiven und Organisationen aus 25 Ländern nahmen an dem Großereignis teil, wobei die Mehrheit aus Mexiko stammte. Darüber hinaus beteiligten sich über 100 Bands, KünstlerInnen, Graffiti-AktivistInnen sowie Kunsthandwerk- und Theatergruppen am Festival. Das gesamte Event, bei dem zudem über 30 Beiträge von alternativen Filmschaffenden präsentiert wurden, wurde per Internet und Radio live übertragen.

Von Mexiko-Stadt...

Vom 26. bis 29. Dezember 2008 gastierte das Festival am Rande von Mexiko-Stadt bei der Massenorganisation „Unabhängige Volksfront Francisco Villa“ (FPFVI) in Iztapalapa, einem Viertel, das von Armut und Kleinkriminalität geprägt ist. Auch wenn die BesucherInnenzahlen mit

1.000 bis 2.000 Personen pro Tag hinter den Erwartungen vieler BeobachterInnen zurückblieben, entwickelte sich ein reger Austausch. Immer wieder gelobt wurden die über 140 Info-Stände, an denen die ausstellenden Gruppen über ihre Aktivitäten und Kämpfe berichteten.

Marco Velázquez Navarrete vom Mexikanischen Aktionsnetzwerk gegen Freihandel RMALC betonte, dass es der EZLN mit dem Festival ein weiteres Mal gelungen sei, die dringende Notwendigkeit des Widerstands gegen den Kapitalismus in die Öffentlichkeit zu rücken: „Angesichts der Offensive des Kapitals ist die Mehrheit der linken Kräfte auf der Welt praktisch verschwunden - oder hat sich ans neoliberale Modell des Politikmachens angepasst“.

Das Themenspektrum reichte von kleinbäuerlichen und indigenen Kämpfen über gewerkschaftlichen Widerstand, z.B. von Maquiladora-Arbeiterinnen in urbanen Regionen, unabhängige Medienarbeit, Alternativmedizin, Antirepressionsarbeit, Umweltschutz, alternative Energien, Antifaschismus und Feminismus bis hin zu den Kämpfen der Sex-workers.

Viele Menschen nahmen sich Zeit, um die Präsentationen in Ruhe zu studieren und häufig kam es zu Gesprächen, die nicht selten mit dem Austausch von Kontaktdaten oder Interviews für alternative Medien endeten.

Neben den Ständen wurden Vorträge von AktivistInnen, Intellektuellen und sozialen Organisationen realisiert, die meist gut besucht waren und aufmerksam verfolgt wurden. Für viele „kleinere“ Organisationen fungierte die Präsenz der kämpferischen Frauen aus Atenco oder von Intellektuellen wie John Holloway oder Mercedes Olivera wie ein Trittstein, um ihre weniger bekannten Projekte vorzustellen, wie zum Beispiel den zivilen Widerstand gegen hohe Stromgebühren in Chiapas, Veracruz und Campeche oder die Verteidigung neuer Landbesetzungen in Tamaulipas.

Immer wieder wurde unterstrichen, dass es den Vortragenden um einen



Austausch auf Augenhöhe ginge, wobei der Kampf der EZLN häufig als „vorbildlich“ bezeichnet wurde. Einer der am besten besuchten Vorträge war der von Holloway. Er rief dazu auf, sich der alltäglichen Reproduktion des Kapitalismus zu verweigern und schon während des Agierens „die andere Welt zu leben, die wir erschaffen wollen“. Holloway appellierte an die Geschlossenheit der außerparlamentarischen Linken: „Toleranz und Anti-Sektierertum müssen das zentrale Element jeder Politik der würdigen Wut sein“.

...nach Chiapas

Zum Jahreswechsel wurde der 15. Jahrestag des bewaffneten Aufstands der EZLN im Caracol (dt. Schneckenhaus) von Oventik, einem der fünf Selbstverwaltungssitze der Zapatistas in Chiapas, begangen. In Anwesenheit von rund 5.000 Gästen und Zapatistas manifestierte Comandante David, dass der Widerstand der Bewegung für eine humanere und gerechte Welt auch angesichts der starken Repression weitergehe. „Wir Zapatistas haben uns nicht in Waffen erhoben, um Brotkrumen zu erhalten oder wie Bettler behandelt zu werden“, so David. Comandanta Florencia wies selbstkritisch darauf hin, dass trotz aller erreichten Fortschritte in den autonomen Gebieten, die vor allem in den Bereichen Gesundheit und Bildung

deutlich spürbar seien, noch viel fehle.

Die darauf folgenden, überwiegend von Vorträgen geprägten Tage in San Cristóbal wurden von EZLN-Oberstleutnant Moisés eingeleitet, der noch einmal auf das zentrale Anliegen des Treffens hinwies: „Wir sind hier, um uns und die verschiedenen Arten von Wut kennenzulernen, die wir haben, und worunter wir in jedem unserer Länder leiden. Wir sind auch hier, um uns gegenseitig zu berichten, wie wir kämpfen und wie wir uns organisieren. Unsere Wut muss würdevoll sein, sonst geben wir auf und verkaufen uns. Deswegen ist es wichtig, dass wir uns zuhören. Wir sind nicht hier, um danach zu schauen, wer uns zu einer neuen Welt führt, die wir uns wünschen, sondern wir sind hier, um den Wechsel, den wir wollen, gemeinsam zu erreichen. Wir sind nicht hier, um uns zu beweisen, wer der Revolutionärste ist. Wir sind auch nicht hier, um uns einen Wettkampf zu liefern, wer mehr weiß“. Es gehe um eine verstärkte gegenseitige Unterstützung, „um den Kapitalismus in seine Schranken zu weisen“, so Moisés.

EZLN-Comandanta Hortensia berichtete von der anhaltenden Bedeutung der Kämpfe der zapatistischen Frauen. Angesichts der Neoliberalen, die ihnen als Frauen weder Gesicht, Namen noch Stimme gäben, „ist die

Stunde gekommen, unsere Rechte auszuüben, und um das realisieren zu können, braucht es lediglich Bereitschaft, Entschiedenheit, Kraft und Rebellion - wir brauchen niemanden um Erlaubnis bitten“. Sie wies auch auf bewegungsinterne Schwierigkeiten für die Frauen hin: „es gibt nach wie vor einige zapatistische Dörfer und Regionen, wo es zu wenig Aufgaben und Beteiligung gibt, denn noch immer haben viele nicht die Bedeutung der Partizipation der Frauen verstanden“.

Hortensia erläuterte ferner, dass die Frauen bei der Wiederaneignung des Wissens über Heilpflanzen oder als Hebammen eine wichtige Rolle spielen und dass sie auch im medialen Bereich als Radio-Betreiberinnen, Radio-Sprecherinnen, Fotografinnen und Kamerafrauen in den fünf zapatistischen Zonen aktiv sind.

Jorge Santiago von der chiapanekischen Organisation DESMI („Entwicklung für die indigenen MexikanerInnen“) hob hervor, dass das Festival deutlich besser besucht war, als das Kolloquium „Planet Erde - Antisystemische Bewegungen“, das auf Initiative der EZLN im Dezember 2007 stattgefunden hatte. Das Festival sei im Kontext des Intergalaktischen Treffens von 1996 zu betrachten, „aber jetzt können wir sowohl eine größere Anzahl von TeilnehmerInnen als auch eine größere



Zahl von Themen feststellen“. Santiago wies wie viele andere TeilnehmerInnen darauf hin, dass nur die Verzahnung der verschiedenen Kämpfe, ein strikter Bezug auf die Basis und eine Berücksichtigung ihrer konkreten alltäglichen Bedürfnisse zu konstruktiven, mittel- und langfristigen organisatorischen Prozessen führen könnten.

Ein weiteres Thema des internationalen Treffens war neben alternativen Formen von Kultur die Kritik an den herrschenden Medien und die Suche nach einem ethischen Journalismus „von unten für unten“. Die mexikanische Journalistin und Autorin Gloria Muñoz Ramírez betonte, dass es bei einem neuen, „anderen Journalismus“ darum gehe, „die permanente und massive Repression, die die großen Medien verschweigen, bekanntzumachen“. Eine weitere Aufgabe sei es, „über die Organisationen, die gegen den Kapitalismus kämpfen, zu informieren“. Besonders wichtig sei es, diese Organisationen miteinander zu vernetzen.

Kleinbäuerliche und indigene soziale Bewegungen, wie das mit weltweit 140 Organisationen in 50 Staaten operierende Netzwerk „Via Campesina“ oder der „Nationale Indigene Kongress“ (CNI) aus Mexiko, wiesen auf die dringende Notwendigkeit einer auf regionalen Produkten basierenden

Ernährung der Menschen und die Abkehr von der exportorientierten Sachzwanglogik des Weltmarkts hin.

Dolores Sales, Vertreterin der „Nationalen Indígena- und Bauernkoordination“ (CONIC) aus Guatemala, die bei „Via Campesina“ mitarbeitet, verurteilte die Nutzung gentechnisch veränderten Saatguts durch multinationale Großkonzerne als „fatal“. Sales unterstrich die dringende Notwendigkeit der internationalen Vernetzung der indigenen und kleinbäuerlichen Bewegungen mit anderen sozialen Bewegungen.

Carlos Marentes, Sprecher der Gewerkschaft der LandarbeiterInnen in der Grenzregion USA-Mexiko, die ebenfalls Mitglied von „Via Campesina“ ist, hob hervor, dass es durchaus Antworten auf die Krise im Ernährungsbereich gäbe: „Unsere kleinbäuerliche Landwirtschaft kann ein Ausweg für die Welt sein. Wir produzieren im Einklang mit der Natur und schützen die ursprünglichen Sämereien“.

João Pedro Tedile schrieb im Namen der brasilianischen Landlosenbewegung MST einen Brief, der am letzten Tag des Treffens verlesen wurde: „Von Brasilien aus beobachten wir seit 15 Jahren den Kampf der Zapatistas. Ihr in Chiapas spielt eine fundamentale Rolle, um den Widerstand, die Empörung, die Wut und die Hoffnung

weiterhin zu nähren“.

Beim Treffen wurden auch die aktuellen, globalen kriegerischen Ereignisse mit großer Besorgnis verfolgt und so verurteilt sowohl die EZLN und der CNI als auch die weiteren TeilnehmerInnen des Festivals die Angriffe der israelischen Armee auf den Gaza-Streifen und forderten einen sofortigen Waffenstillstand.

Kritik an der parlamentarischen Linken

Raúl Zibechi, aktivistischer Schriftsteller aus Uruguay, ging hart ins Gericht mit den „so genannten progressiven Regierung Südamerikas“. Er kritisierte die Teilnahme von über 4.000 Soldaten aus Uruguay, Argentinien, Chile und Brasilien an einer Mission in Haiti, die nur dort seien, um ihre militärischen Techniken in der Aufstandsbekämpfung zu verbessern, um sie später in den eigenen Ländern, vor allem in Armenvierteln, einzusetzen. Aus der Sicht von Zibechi sind nicht die Regierungen, sondern die neuen sozialen und politischen Bewegungen die zentralen Akteure, um positive Auswege aus den vielfältigen gesellschaftlichen Krisen zu erarbeiten und umzusetzen.

Auch die Sandinistische Nationale Befreiungsfront (FSLN) in Nicaragua wurde hart kritisiert. Mónica Baltodano aus Nicaragua bezeichnete die Praxis der FSLN-Regierung Daniel



Ortega als „neoliberale Politik, die in einem linken Diskurs verkleidet daherkommt“. „In Nicaragua gibt es keinen Sandinismus, es gibt einen Danielismus“, so die ehemalige FSLN-Kommandantin. Vor allem linke soziale Bewegungen würden Opfer staatlicher Repression. Angehörige der Frauenbewegung würden wegen ihrer Forderung nach Entkriminalisierung der Abtreibung von Ortega ebenso wie von ultrakonservativen Politikern wie Arnoldo Alemán als „Kindermörderinnen“ verunglimpft.

Die EZLN erneuerte ihre inzwischen zum wiederholten Male geäußerte massive Kritik an der sozialdemokratischen Partei der Demokratischen Revolution (PRD), der sie Sektiererei, eine neoliberale Praxis, Korruption und Beteiligung an repressiven Maßnahmen gegen soziale Bewegungen vorwarf, griff aber auch die konservative Regierung unter Felipe Calderón scharf an. Der drastische Militäreinsatz gegen das Drogengeschäft im Land sei ein „blutiger Misserfolg“, so Subcomandante Marcos, Sprecher und Militärführer der EZLN. Er vertrat die These, dass die Regierung längst vom Organisierten Verbrechen kontrolliert sei und lediglich zugunsten bestimmter Sektoren innerhalb der Drogenmafia agiere, aber nicht wirklich gegen sie.

Auseinandersetzungen in der mexikanischen Linken

Guillermo Almeyra, ehemaliger Professor für Politikwissenschaft der Nationalen Autonomen Universität von Mexiko (UNAM), sprach der EZLN-Führung in seiner jüngsten Publikation in der linksliberalen Tageszeitung La Jornada, in der auch pro-zapatistische Berichte erscheinen, jedwede

Seriösität ab. Beim „Festival der würdigen Wut“ habe es sich um eine narzisstische Selbstdarstellung Marcos' gehalten, so Almeyra, der mit seiner Meinung gerade außerhalb von Chiapas nicht allein steht und für eine Zusammenarbeit der parlamentarischen und außerparlamentarischen Linken plädiert, die die Zapatistas und die „Andere Kampagne“ mit Hinweis auf Korruption und Repression seitens der PRD strikt verneinen. Die parlamentarische Linke kritisiert bis heute die Ablehnung der EZLN, sich 2006 für den ehemaligen Präsidentschaftskandidaten der PRD Andrés Manuel López Obrador ausgesprochen zu haben. Die alltäglichen Kämpfe der zapatistischen Basis erkennt Almeyra hingegen an.

Die liberale Wochenzeitschrift Proceso kritisierte die radikale Haltung der EZLN jüngst als „sektiererisch“ und bezeichnete den Widerstand der Gemeinden in Chiapas als „verausgabte Rebellion“ und unterstellt - die vielfach belegten Realitäten verkennend - dass sich in Chiapas in 15 Jahren nichts verändert habe, obwohl z.B. neben der EZLN über 60 weitere Organisationen an den Landbesetzungen im Zuge des Aufstands von 1994 beteiligt waren.

In den letzten Monaten mehren sich die Anzeichen einer regelrechten Kampagne der institutionellen Linken gegen die EZLN und die „Andere Kampagne“.

Carlos Montemayor, ein von allen benannten Konfliktparteien anerkannter Guerilla-Experte, Sozialforscher und Schriftsteller wies darauf hin, dass die EZLN bis heute „aktiv, lebendig und mutig agierend“ weitermache, und die Massenmedien aufgrund einer mangelnden ehrlichen Auseinandersetzung mit den entsprechenden Themenfeldern der sozialen und indigenen Bewegungen bewusst nicht mehr zur Kenntnis nähme.

Bis heute profitieren auch viele nicht-zapatistische Organisationen indirekt vom Aufstand der EZLN,

denn die radikalen Forderungen der Zapatistas sorgen dafür, dass Themen wie Repression, Diskriminierung, Marginalisierung, Gerechtigkeit und Würde gesellschaftlich relevant bleiben und auch über Chiapas hinaus nicht von der Bildfläche verschwinden.

Doch auch andere soziale Bewegungen, Zusammenschlüsse und politische Organisationen Mexikos, die in keinerlei Zusammenhang mit der EZLN stehen, tragen mit vielfältigen kämpferischen Aktivitäten und Informationen dazu bei, dass diese Problematiken nicht vollends von den immer dominanter auftretenden Mainstream-Medien verschwiegen werden können.

Ausblick?

Zum Ende des Festivals rief Subcomandante Marcos die Anwesenden dazu auf, einen parteiunabhängigen linken Kampf „gegen den Kapitalismus und für die Menschheit“ zu führen. Gleichzeitig bat er darum, nicht nach einer Homogenisierung der sozialen Bewegungen zu streben: „Machen wir aus unserer Stärke keine Schwäche. Dass wir so viele und so verschieden sind, wird uns erlauben, die sich nähernde Katastrophe zu überleben und etwas Neues aufzubauen“.

Sowohl in Mexiko-Stadt wie auch in Chiapas war das „Festival der würdigen Wut“ von einer kämpferischen bis enthusiastischen Atmosphäre geprägt. In Chiapas waren alle Vorträge überfüllt. Täglich besuchten rund 2000 Personen das Treffen. Das Treffen hat nach Einschätzung vieler TeilnehmerInnen im Gegensatz zu vorhergehenden Zusammenkünften einen konkreteren Grundstein für eine verbesserte Vernetzung der Basisorganisationen und -kollektive gelegt. Was davon bleibt, liegt an allen, die an diesen Prozessen ernsthaft interessiert sind.

Luz Kerkeling, Gruppe

B.A.S.T.A., Chiapas 26.1.2009

Fotos: Hinrich Schulz

www.dokumentarfoto.de

Surftipp: Viele Texte, Fotos, Audios und Videos des Festivals finden sich unter:

<http://enlacezapatista.ezln.org.mx> & <http://chiapas.indymedia.org> (spanisch)

www.chiapas98.de (deutsch)



Frauen gegen die Straflosigkeit

Es ist ein Marsch der Anklage. Es ist ein Marsch der Solidarität. Es ist ein Marsch der Hoffnung.

Es ist ein Marsch der Schwesterlichkeit.

Es ist ein Marsch, der uns zusammenruft, um weiter vorwärts zu gehen.



Im Zeitraum von Juni 2007 bis Juni 2008 wurden von der Presse in Mexiko aus 15 Bundesstaaten 1.088 Morde an Frauen gemeldet - nur eine Stichprobe der körperlichen, sexuellen, psychologischen, ökonomischen und institutionellen Gewalt, die Frauen erleiden. Kaum einer dieser Morde wurde strafrechtlich verfolgt. Gegen diese und andere Verbrechen wandte sich der Weltfrauenmarsch (Marcha Mundial de Mujeres) 2008

Der Weltfrauenmarsch

ist eine internationale Bewegung von feministischen Aktivitäten. Die Bewegung ist aus dem Wunsch heraus entstanden, die Frauen der Welt in einem gemeinsamen Projekt zu versammeln. Nach der Organisation einer Karawane zu den Vereinten Nationen in New York im Jahr 2000, setzte er sich sehr schnell als eine weltweite Bewegung durch.

Der Weltfrauenmarsch vereint Gruppen und Basisorganisationen die sich dafür einsetzen, die Ursachen von Armut und Gewalt gegen Frauen zu beseitigen. Die Bewegung kämpft gegen jede Form von Ungleichheit und Diskriminierung, denen Frauen ausgesetzt sind. Ihre Aktionen zielen auf einen sozialen, politischen und ökonomischen Wandel. Der Weltfrauen-

marsch gibt Frauen die Möglichkeit, an Orten gehört zu werden, die sie bisher wenig aufgesucht haben. Er gibt ihnen die Möglichkeit, sich kennen zu lernen, ihre Geschichten zu erzählen und gemeinsam zu handeln.

Der Marsch von 2008 sollte eine exemplarische Verbindung herstellen zwischen Orten in Mexiko, an denen Verbrechen gegen Frauen begangen werden oder wurden.

Die Route der Straflosigkeit

San Cristobal de las Casas war die letzte Station einer Karawane, die am 25. November, dem Tag zur Abschaffung der Gewalt gegen Frauen und Kinder, in Ciudad Juarez begonnen hatte. Während ihrer Reise machten die Frauen in verschiedenen Bundesstaaten halt, um auf die dort fehlende Strafverfolgung bei Verbrechen gegen Frauen hinzuweisen wie z.B.

-Ciudad Juarez, wo Hunderte von Frauen überfallen, gefoltert, vergewaltigt und ermordet wurden.

- Jalisco, das landesweit an dritter Stelle der Statistik für Frauenmorde steht, die als nicht spezifizierte Überfälle klassifiziert werden. Dort werden unzählige Fälle von Päderastie unter den Teppich gekehrt und Abtreibung wird hart bestraft.

- Coahuila, wo 20 Soldaten 13 Sexar-

beiterinnen vergewaltigten

- Atenco ist ein Beispiel ohne Vorläufer. Bei einem massiven Polizeieinsatz kam es zu Massenvergewaltigungen an festgenommenen Frauen durch Polizeikräfte

- Oaxaca, hier wurden Frauen durch Polizeikräfte vergewaltigt und verschleppt.

- In Veracruz wurde Dona Valentina Asencio von Soldaten überfallen und vergewaltigt

Das Tribunal

Den Abschluß der Karawane bildete in San Cristobal de las Casas ein Tribunal gegen den Staat.

Aufgeteilt in Staatsanwaltschaft, Geschworene und ZeugInnen klagten die Frauen öffentlich gegen die fehlende Strafverfolgung. Sie kamen zu dem Ergebnis, das Armee und Polizei als Vertreter des Staates Frauen als Kriegsbeute betrachten. In diesem Krieg ist Vergewaltigung ein Mittel, den Feind/die Feindin zu demütigen und für den geleisteten Widerstand bezahlen zu lassen. Der Staat erfüllt also seine Aufgabe, Frauen vor diesen Verbrechen zu schützen, nicht.

Das Urteil lautete:

SCHULDIG!

Verfasserin: Emma

Foto: durita



Menschenrechte unter Beobachtung

Eine Recherchereise in Mexiko

Hinrichtungen auf offener Strasse, Panzer gegen LehrerInnen, Vergewaltigungen durch Polizei und Militär - die Liste der in Mexiko begangenen Menschenrechtsverletzungen ist lang.

Um die Öffentlichkeit über die katastrophale Lage in Mexiko zu informieren und gemeinsam mit mexikanischen PartnerInnenorganisationen Lobbyarbeit in Europa zu betreiben, gründete sich 1999 die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko (DMRKM¹). Gemeinsames Anliegen ist der Kampf um die Umsetzung (endlich) unterzeichneter und ratifizierter internationaler Menschenrechtsabkommen und die Garantie der Menschenrechte nach innen.

Vom 20. Oktober bis zum 04. November 2008 unternahm die DMRKM eine Recherchereise nach Mexiko. Der Schwerpunkt lag dabei auf einer verstärkten Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen der wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen (WSK²), Indigenen- und Umweltrechte in den Bundesstaaten Guerrero, Oaxaca und Chiapas³.

Ungelöste Landproblematik verschärft Konflikte

Deutlich wurde in den zahlreichen Interviews mit Menschenrechtsorganisationen, NGOs, RegierungsvertreterInnen und vor allem mit von Menschenrechtsverletzungen Betroffenen, dass ökonomische Interessen um Land und Ressourcen den Kern des Konflikts zwischen ländlichen, meist indigenen Gemeinden sowie sozialen

Bewegungen und staatlichen Institutionen bilden. Aus diesem Konflikt resultieren zahlreiche Verletzungen sowohl der WSK-, Indigenen und Umweltrechte. Denn bei der Planung und Durchführung wirtschaftlicher und infrastruktureller Projekte werden die Interessen der Bevölkerung nicht berücksichtigt. Im Gegenteil leiden die Gemeinden und Regionen unter Umweltverschmutzungen, Landwegnahme und Vertreibungen durch geplante oder schon durchgeführte Abholzungen oder Staudambbauten. Ebenso heizen Tourismus- und Infrastrukturprojekte lokale Konflikte an. Besonders in Guerrero gibt es ein starkes Konfliktpotential, da Interessen von Großgrundbesitzern und lokalen Kazi- quen mehr berücksichtigt und politisch geschützt werden. Verletzungen von WSK-, Indigenen und Umweltrechten werden durch die ungelöste Landproblematik verschärft. So ist u.a. die parteiische Vergabe von Landtiteln Ursache des seit Jahrzehnten schwelenden Landkonfliktes in Chiapas.

Darüber hinaus werden WSK-Rechte durch die mangelnde Bereitstellung von Dienstleistungen von Seiten des Staates nicht erfüllt. In allen besuchten Bundesstaaten weisen vor allem indigene ländliche Gemeinden einen hohen Grad an Marginalisierung im Bereich der Bildung, Gesundheit und Nahrungsmittelversorgung auf. Freihandelsabkommen und die damit einhergehenden Projekte, wie etwas die Förderungen von Monokulturen zur

Produktion für den Weltmarkt, verschärfen die Situation der KleinbäuerInnen. Dabei kann Industrialisierung durch Maquiladora-Industrien⁴ und Plantagenwirtschaft aus umwelttechnischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Aspekten keine Alternative darstellen – vor allem, wenn sich die lokale Bevölkerung und soziale kleinbäuerliche indigene Bewegungen explizit dagegen wehren.

Verletzungen von WSK-, Umwelt- und Indigenen Rechten ziehen meist Verletzungen der zivilen und politischen Rechte nach sich. Vertreibungen werden gewaltsam durch den Einsatz von staatlichen Sicherheitskräften durchgeführt, politisch organisierte Gemeinden und AktivistInnen gegen wirtschaftliche Projekte oder für eine Verbesserung der Lebenssituation werden eingeschüchtert, bekommen Haftbefehle, werden willkürlich festgenommen, inhaftiert, nicht selten gefoltert oder sexuell missbraucht und vergewaltigt. Juristisch ordentliche Prozesse werden meist vorenthalten.

Zunehmende Militarisierung

Besorgniserregend in allen drei besuchten Bundesstaaten ist die zunehmende Militarisierung, die sich im Rahmen internationaler Abkommen wie ASPAN⁵ oder Plan México⁶ sowie als Auswirkung nationaler Sicherheitspolitik verschärft hat. Die Drogenbekämpfungspolitik der Regierung Calderón wird zudem als Vorwand missbraucht, gerade ländliche Regionen mit hohem Anteil an indigener Bevölkerung zu militarisieren. Sozialer Protest, AktivistInnen, MenschenrechtsverteidigerInnen und soziale Organisationen werden zunehmend kriminalisiert, Bedrohungen und Einschüchterungen sind an der Tagesordnung. Die Anklage gegen Mitglieder der APPO in Oaxaca wegen Mordes an dem us-amerikanischen indymedia-Reporter Brad Will⁷ ist nur das jüngste Beispiel dafür. Die mexikanische Strafgesetzgebung verschärft juristische Verfahren und Gesetzgebungen. So stellt der arraigo (Hausarrest) ein Mittel da, AkteurInnen sozialer Protestbewegungen unter Kontrolle zu haben.



Hinzu kommt das Vorantreiben wirtschaftlicher und infrastruktureller Projekte: dies geschieht immer noch ohne die Konsultation der ganzen betroffenen Bevölkerung unabhängig politischer (Partei-)Zugehörigkeiten und Interessen. Lokale und regionale Gegebenheiten, Bedürfnisse und Forderungen der Bevölkerung werden nicht berücksichtigt.

Mexiko soll das Abkommen ILO 169 umsetzen

Die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko fordert auf Grundlage der Ergebnisse der Rechercheise und vor dem Hintergrund der anhaltenden Verletzungen der WSK-, Indigenen und Umweltrechte erneut:

- dass der mexikanische Staat seiner Verpflichtung nachkommt, die in der von ihm unterzeichneten Konvention ILO 169 anerkannten Rechte endlich umzusetzen.

- dass das Abkommen von San Andrés in seiner ursprünglich ausgearbeiteten Form Eingang in die nationale Gesetzgebung findet und durchgesetzt wird.

- dass der mexikanische Staat die Ausbildung und Förderung paramilitärisch agierender Gruppen durch staatliche Stellen unterbindet.

- dass die mexikanische Armee nicht innerstaatlich eingesetzt wird.

- dass Polizeieinheiten, die sich an Menschenrechtsverletzungen beteiligen, angemessen bestraft werden. Staatliche Programme zur Bekämpfung der Korruption innerhalb der polizeilichen Strukturen sind darüber hinaus dringend geboten.

Auf der Justizebene ist eine Schulung von Richtern in der Umsetzung internationaler Menschenrechtsstandards erforderlich. Ferner ist im Bezug auf indigene Völker die

Notwendigkeit vorhanden, Doppelsprachigkeit der RichterInnen zu fördern bzw. den Angeklagten vertraute Personen als Dolmetscher zur Verfügung zu stellen.

Bei der Planung und Durchführung ökonomischer und infrastruktureller Projekte fordert die Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko eine wirkliche Konsultation mit allen Teilen der Bevölkerung im Vorfeld der geplanten Projekte. Denn oft werden nur regierungstreue Gruppen und Personen befragt, um deren Durchführung abzusegnen und zu legitimieren. Darüber hinaus ist es unabdingbar, Entscheidungsprozesse, Pläne und Vorgehensweisen für solche Projekte transparent und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen

Autorin: Rosa

1 Eine Auflistung der Organisationen findet sich auf der Homepage der Koordination unter: <http://www.mexiko-koordination.de/Mitglieder.html>.

2 Die WSK-Rechte wurden 1966 im zweiten Sozialpakt verabschiedet. Dazu zählt u.a. das Recht auf Gesundheit, Bildung, Wasser und Arbeit

3 Die Dokumentation über die Ergebnisse der Recherche wird auf der Homepage der Koordination in Kürze abrufbar sein.

4 Maquiladoras: Billiglohnfabriken, meist für die Endfertigung von Produkten für den Weltmarkt. Vor allem im Norden Mexikos angesiedelt.

5 Alianza para la Seguridad y Prosperidad de América del Norte = Nordamerikanische Allianz für Sicherheit und Fortschritt; Von den Präsidenten Kanadas, den USA und Mexiko ohne Mitwirkung

der Parlamente im Jahr 2005 unterzeichnetes Vertragswerk, das die gegenseitige Unterstützung bei der Weiterbildung und technischen Ausrüstung der Armeen vorsieht.

6 Der Plan México schließt die Iniciativa Mérida mit ein und ist ein Programm zur Vernichtung der Herstellung von und des Handels mit Drogen sowie zum Kampf gegen den Terrorismus.

Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas und Guatemala

Seit 1998 ist CAREA e.V. in der Vorbereitung und Entsendung von Freiwilligen für den zivilen Friedensdienst in Chiapas aktiv. Seit 2004 bildet Carea zudem Freiwillige für die Zeugenbegleitung in Guatemala aus.



Nächste Vorbereitungsseminare Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas

14. - 17. Mai und 4. - 7. Juni 2009 in Kirchvers (in der Nähe von Kassel)
Teilnahmebeitrag: 140 € (für zwei Seminare)

Zeugenbegleitung in Guatemala

19. - 22. Februar 2009 in Hagen - Teilnahmebeitrag: 70 €

weitere Informationen unter: www.buko.info/carea oder per email an carea@gmx.net

Gesinnungsstrafrecht & Schnüffelparagrafen

Die §§ 129 und 129a des Strafgesetzbuches (StGB) waren seit ihrer Einführung Mittel, um linke Bewegungen zu kriminalisieren. Mit dem Etikett "kriminell" bzw. "terroristisch" soll linke Politik diffamiert und gesellschaftlich isoliert werden. Mit dem neu eingeführten § 129b StGB wird jetzt auch die internationalistische Unterstützung linker ausländischer Bewegungen in Deutschland unter Strafe gestellt.



Weg mit §§ 129, 129a und 129b StGB!

Solidaritätskonto

Rote Hilfe e.V., Konto 191 100 462
Postbank Dortmund, BLZ 440 100 46
Stichwort: Weg mit 129ab



Rote Hilfe e.V.

Postfach 3255, 37022 Göttingen
www.rote-hilfe.de

Kommunikation von unten

Interview mit Obed vom freien Radio Ñomndaa in Guerrero / Mexiko

Wir sind zwei Compañer@s aus einem ganz anderen Land, von einem anderen Kontinent und manchmal kommt uns es so vor; aus einer anderen Welt. Gekommen sind wir, um den 15. Jahrestag des Aufstands der Zapatistas zu feiern und am Festival der Würdigen Wut teil zu nehmen. So wie uns hat es verschiedenste Menschen aus aller Welt, aus den unterschiedlichen Kämpfen von links unten in die rebellischen Berge im südöstlichsten Teil Mexikos verschlagen.

Eine besonders spannende Begegnung hatten wir mit Obed vom freien Radio Ñomndaa, La Palabra del Agua, aus Guerrero. Seine Worte waren so interessant, dass wir nicht umhin kamen, ein Interview zu führen.

Eine spannende Begegnung

TyL: Obed, du bist Radioaktivist beim freien Radio Ñomndaa. Was heißt Ñomndaa und wie ist die Geschichte dazu?

Obed: Am 20.12.2004 wurde Radio Ñomndaa gegründet. Die Idee dazu war bereits 2002 geboren. Aber zunächst mussten wir Ausrüstung und Wissen zusammentragen, was wir mit viel Solidarität von anderen freien Radios letztlich schafften.

Ñomndaa ist die indigene Sprache der Amozgos und bedeutet „das Wort des Wassers“. Wir sind ein Gemeinschaftsprojekt, ein indigenes, von der Regierung unabhängiges Radio. Es geht darum, unserem Recht als Menschen und als indigene Bevölkerung auf Kommunikation, auf Information und freie Entfaltung von Ideen eine Form zu geben und diese zu verbreiten. Klar, dass unser Radio zweisprachig ist. Manchmal senden wir auch in weiteren indigenen Sprachen.

TyL: Von welchen Inhalten lebt Radio Ñomndaa?

Obed: Wir haben ganz verschiedene Programme. Es gibt Sendungen von und für Jugendliche und Frauen, über Geschichte oder Medizin. Wobei wir auch traditionelle Medizin berücksichtigen. Wir sind eher ein politisches als ein kulturelles Projekt. Ein Anliegen ist es, die Lügen der schlechten Regierung aufzudecken. Es gibt keine regelmäßigen Nachrichten, aber ab und zu



werden Kommuniquees veröffentlicht. Selbstverständlich haben wir auch Musik, moderne und traditionelle, im Angebot.

TyL: Wie kommen die Infos ins Radio?

Obed: Es ist ein Radio zur Kommunikation. Das Radio ist für die Menschen von unten, um ihre Gedanken und ihre Kultur zu verbreiten. Es werden auch Nachrichten von Dorf zu Dorf über das Radio weitergegeben. Wenn ein Tier verloren geht, wird das übers Radio bekannt gemacht. Die Leute rufen an, wenn sie die Möglichkeit dazu haben. Oder sie kommen persönlich vorbei und lassen die Nachricht einfach da. Das Radio lebt von der ehrenamtlichen Mitarbeit vieler.

TyL: Welche Reichweite habt ihr?

Obed: Hauptsächlich empfangen uns die Dörfer in der Umgebung, d. h. in der Region Costa Chica im Bundesstaat Guerrero und im Norden des Bundesstaates Oaxaca. Leider ist unser Transmitter nicht so potent. In einigen Dörfern wird Radio Ñomndaa nur schwer empfangen.

Oft wird unsere Frequenz von anderen kommerziellen Sendern überlagert oder gestört. Z.B. gibt es seit 2007 einen Sender, der vorgibt ein kommunales Radio zu sein. Das stimmt aber nicht, es ein Radio der

PRI (Anm. d. R.: ehemalige Regierungspartei, die über 70 Jahre in Mexiko an der Macht war und noch großen Einfluss besitzt). Wir haben so einige Probleme mit diesem Sender. Nicht nur, dass seine starke Frequenz unsere stört. Sondern das sie mit Gegenveranstaltungen unsere Struktur behindert.

TyL: Erklär das doch mal genauer!

Obed: Wir finanzieren uns zum größten Teil mit Festen der Solidarität. Eine Strategie des anderen Senders ist es, kurz vor unserem Fest ein eigenes zu veranstalten, um die Leute von unserem fern zu halten.

TyL: Gibt es weitere Probleme, denen ihr euch stellen müsst?

Keine Lust auf staatliche Kontrolle

Obed: Als freies Radio haben wir keine staatliche Lizenz. Seit unserer Gründung haben wir ständige Auseinandersetzungen mit Behörden, aber auch mit Polizei und Militär. Zuletzt kamen am 10.08.2008 Vertreter der staatlichen Behörde für Kommunikation und Transport und Polizeieinheiten. Da wir keine Lizenz haben, würden wir uns strafbar machen. Sie wollten unsere Technik mitnehmen und das Radio schließen. Sofort kamen aus dem Dorf mehrere Men-

schen, besetzten die Zugangstrasse und diskutierten zwei Stunden lang mit den Vertretern. Letztlich gelang es uns, dass sie abzogen. Bei der Provokation gingen unser Computer und der Transmitter kaputt. Wir konnten vorübergehend nicht senden. Später bot die Behörde für Kommunikation und Transport uns an, eine Lizenz auszustellen. Daraufhin gab es eine Befragung in den Dörfern. Nachdem wir die Vor- und Nachteile diskutiert hatten, sprachen sich alle gegen eine staatliche Erlaubnis aus.

TyL: Nachdem eine gewaltsame Schließung also nicht möglich war, boten euch die Behörden die Legalisierung an, aber die Bevölkerung lehnte ab. Wie ist das zu erklären?

Obed: Nun, die Leute haben einfach keine Lust darauf, dass der Staat den Sender kontrolliert, dass er Einfluss auf die Inhalte nimmt. Die Regierung würde uns vorschreiben, was wir zu senden haben. Z.B gibt es die Vorgabe, dass Sendezeit für politische Parteien zur Verfügung gestellt werden muss. Die Menschen in den Dörfern wollen aber keine Parteien in ihrem Radio.

TyL: Das heißt, ihr seid weiterhin ein freies, unabhängiges, selbstorganisiertes Radio. Was bedeutet das?

Wir sind unabhängig vom Staat, gehören keiner Partei an und keiner bestimmten Religion. Der harte Kern, der das Radio macht, besteht aus 20 Personen unterschiedlichen Alters. Die im Radio arbeiten, verdienen dabei kein Geld. Ich habe bereits erwähnt, dass wir einmal im Jahr ein Solidaritätsfest organisieren, um Spendengelder zu sammeln. Außerdem gibt es die Möglichkeit, sich gegen Spendung ein Lied zu wünschen. Die Richtlinie ist dabei 4 Pesos (Anm. d. R: ca. € 0,20). Klar ist die Grenze

nach oben offen. Aber es ist auch in Ordnung, nichts zu zahlen. Wichtig ist, dass wir uns als Radio von unten für unten verstehen.

TyL: Was sind die nächsten Schritte für das Radio?

Obed: Wir wollen uns verbessern. Unsere Arbeit verbessern und unsere Technik. Wünschenswert wäre, wenn mehr Menschen mitarbeiten würden. Wir haben gerade genug Geld für ein eigenes neues Studio zusammengetragen. Leider fehlt uns noch ein Aufnahmerraum. Manchmal kommen Leute zu uns und wollen mit ihrer Gitarre ein Lied aufnehmen. Das geht leider noch nicht.

TyL: Was sind deine Wünsche fürs Radio und für dich selbst?

Obed: Ich selbst möchte gern lernen, wie die Technik funktioniert, um bessere Arbeit zu machen und es anderen zeigen zu können. Ich wünsche mir, dass mehr Jugendliche teilnehmen. Es wäre toll, wenn wir einen besseren Transmitter hätten, einen mit mehr Potenzial.

TyL: Danke für deine Zeit und das interessante Gespräch!

Obed: Ich möchte mich auch bedanken für die Fragen und das Interesse, dass es Leute gibt, die das lesen werden. In welcher Form auch immer, ihr könnt uns gerne unterstützen. Wenn ihr unsere Arbeit besser kennen lernen wollt, besucht unsere Homepage, schreibt uns eine Email oder kommt beim Sender in Xochistlahuaca / Guerrero vorbei.

Radio Ñomndaa, La Palabra del Agua, 100.1 Fm
www.lapalabradelagua.org
lapalabradelagua@gmail.com
Interview und Übersetzung:
Kajk und Kumal



Veranstaltungshinweis:

Mexikos Linke Ein Überblick

Mexiko dient derzeit als Gegenmodell zum reformerischen Aufbruch in Südamerika. Radikal und gewalttätig setzen die Eliten auf die Fortführung des neoliberalen Modells.

Dieser zerstörerischen Tendenz stellen sich soziale und politische Bewegungen entgegen. Albert Sterr stellt sein hochaktuelles Buch „Mexikos Linke – Ein Überblick“ (Neuer ISP Verlag 2008) vor, das einen differenzierten Überblick über die unterschiedlichen Facetten der mexikanischen Linken gibt.

Fr 27.3., 19.30 Uhr
 Werkstatt 3, Nernstweg 32 – 34
 Hamburg
 Veranstalter: zapapres e.V.
 Eintritt: € 2,00



Die ganze Lage

schwarz auf rot

Zeitung gegen üble Verhältnisse

DA

DIREKTE AKTION

Probeheft gratis

da-abo@fau.org

www.direkteaktion.org

Mehr als Bananen und Kanal

Panama ist für viele ein weißer Fleck auf der Landkarte. Während Zentralamerika durch bewaffnete Befreiungsbewegungen und Militärdiktaturen bekannt ist, gilt das südlichste, zentralamerikanische Land an der Grenze zu Kolumbien als ruhig. Selbst die Skyline von Panama Stadt erinnert eher an Miami als an Südamerika. Außer einem berühmten Kinderbuch, dem Kanal und Bananen fällt den meisten wenig zu Panama ein.

Von der Diktatur zum Neoliberalismus

Aber auch dort gab es, seit den 60er Jahren eine Guerilla-Bewegung, die unter Bedingungen einer Militärdiktatur agierte, die fast jeglichen zivilen Widerstand unmöglich machten. Protest gegen die neokoloniale, US-amerikanische Verwaltung des Panama-Kanals, die von ihren Militärstützpunkten in der Kanalzone jederzeit intervenieren konnten, wurde sofort niedergeschlagen.

Jahrzehntelang agierten die Machthaber als Kompradoren der USA, während das Land – und noch weniger die Armen – nicht von den immensen Einnahmen aus dem Kanal profitierten.

Während unter Omar Torrijos (von 1968 – 1981 Oberster der Militärjunta) einige soziale Reformen durchgesetzt wurden, war sein Nachfolger Manuel Noriega, der gestützt von den USA herrschte, nur korrupt und brutal. Als sich 1989 ein Ende der Militärdiktatur von Noriega abzeichnete

und dieser seine Macht zu halten versuchte, gab es eine Militärintervention der USA. Ein als rebellisch bekanntes Stadtviertel, das sich in der Nähe des Regierungszentrums befand, wurde komplett

niedergebrannt und zerstört.

1989, nach dem Übergang in eine formale Demokratie und der Übergabe des Kanals an Panama 1999 – wurden die Hoffnungen der Bevölkerung auf politische und soziale Veränderungen bald enttäuscht. Stattdessen unterzeichnete die Partei der Demokratischen Revolution (PRD) unter der Regierung Endara einen Freihandelsvertrag mit den USA und setzte, die an diesen geknüpften neoliberalen Reformen, durch. Ab 1999 führte Präsidentin Mireya (ebenfalls PRD) diese Politik fort, mit den bekannten Folgen der Zunahme von Korruption und der Verschärfung der sozialen Situation der Bevölkerung, erhöhte Arbeitslosigkeit, informeller Beschäftigung und Armut. Mittlerweile leben 40% der Bevölkerung in Armut, 17% in extremer Armut, 46% arbeiten ohne soziale Absicherung. Die Löhne haben 30% an Kaufkraft verloren, der Preise für Strom und Grundnahrungsmittel steigt weiter. 20% der Kinder zeigen Zeichen von Unterernährung.

Widerstand und Repression

Gegen den neoliberalen Kurs der Regierung regte sich bald Widerstand. Es waren die Pläne für die Privatisierung der Gesundheitsversorgung, die Intransparenz, wie Einnahmen aus dem Kanal verwendet werden und die Pläne über eine milliardenteure Verbreiterung, die vereinzelte Proteste zu einer breiten Organisation der Bevölkerung zusammenführten. Unter Federführung der Bauarbeitergewerkschaft SUNTRACS, die mit ca. 40.000 Mitgliedern die stärkste und kämpferischste soziale Bewegung in Panama ist, wurde 2003 FREN-ADESO als breites Bündnis verschiedener Gruppen und Organisationen gegründet.

Die Mobilisierungen von SUNTRACS und ihre Versuche die Zivilgesellschaft zu organisieren, werden von der PRD-Regierung des Präsidenten Martin Torrijos, (Sohn des ehemaligen Diktators) repressiv bekämpft. Nachdem 2005 ein von Frenadeso organisierter, einmonatiger Generalstreik gegen die Privatisierungsvorhaben zur Festnahme von 2.000 TeilnehmerInnen geführt hatte, neh-

men die Auseinandersetzungen an Schärfe zu. Mitglieder und Vorstände von SUNTRACS werden von der Regierung, als auch von den „gelben“ Pseudo-Gewerkschaften der Unternehmen unter Druck gesetzt.

Innerhalb eines halben Jahres forderte die Repression gegen die Gewerkschaft drei Opfer: Osvaldo Lorenzo, 35, wurde am 14. August 2007 vom Wachschutz des Bauunternehmens Odebrecht erschossen. Zwei Tage später wurde Luiyi Argülles, 23, von Nationalgarden bei Protesten ebenfalls ermordet. Im Februar 2008 wurde in Colon Iromi Smith erschossen.

Aktuelle Filme

Vom März bis Ende Mai 2008 besuchte eine vierköpfige Gruppe Panama, um die dortigen sozialen Bewegungen zu dokumentieren. Alle hatten sich 2006 während des Volksaufstandes in Oaxaca, Südmexico, kennen gelernt. Kurz vor unserer Ankunft geschah der Mord an Iromi Smith. Deshalb war ein Dokumentarfilm über ihn und seinen Tod unser erstes Projekt.

In den folgenden 10 Wochen bekamen wir einen vielfältigen Einblick in das Land, seine Bewegungen und Konflikte. Neben der Dokumentation „La lucha sigue“ über Iromi wurde ein weiterer Film produziert und gedreht, der die Ereignisse um den Tod von Luiyi Argülles und Osvaldo Lorenzo detailliert als Doku-Drama rekonstruiert. Als Protagonisten in dem Film „Sangre de Panama“ fungieren dabei die realen Familienangehörigen der Ermordeten.

Beide Filme haben deutsche bzw. englische Untertitel und können unter www.moviemientos.de bzw. moviemientos@gmx.net bestellt werden. Auch bei Interesse an Veranstaltungen können sich Leute unter dieser e-mail melden.

Weitere Infos aus Panama gibt es für spanischsprachige Menschen auch unter

www.suntracs.org und www.kaosenlared.net/panama
Autorin: Momo



Emanzipatorische Kräfte in Israel und Palästina brauchen unsere Solidarität

Während in Gaza Bomben fielen, wurde in der Linken in Deutschland heiß hin- und herdiskutiert. Auch in der Redaktion dieser Ausgabe hatten wir verschiedene Texte zum Thema zur Auswahl, ein ausführlicher Hintergrundartikel zum historischen Kontext zu Gaza wurde extra angefertigt und nochmals überarbeitet. Wir haben uns nach langer Diskussion letztlich für den nachfolgenden Text entschieden...

Krieg in Gaza

Am 27. Dezember 2008 begann die israelische Armee als Reaktion auf den fortwährenden Raketenbeschuss von israelischen Wohngebieten einen massiven Bombenangriff auf Gaza. Der Krieg wurde durch Waffenstillstandserklärungen am 17. Januar 2009 vorläufig beendet, zufälligerweise kurz vor der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Barack Obama, und die israelischen Bodentruppen wurden am 21. Januar zurück gezogen.

Der Gazastreifen ist der dichtbesiedeltste Ort der Welt, 1,5 Millionen Menschen leben auf diesem schmalen Küstenstreifen zwischen Ägypten und Israel (40 km lang und 6-14km breit). Während der Bombardierungen durch Israel waren die Grenzen geschlossen, die Menschen konnten nirgendwo hin fliehen. 50 Prozent der Menschen in Gaza sind Jugendliche und Kinder. Ein Drittel der mehr als 1300 Getöteten und 5000 Verletzten sind Frauen und Kinder. Aufgrund der seit 18 Monaten dauernden Blockade durch Israel war die medizinische Versorgung in verheerendem Zustand, nach dem Massaker besteht nun eine humanitäre Katastrophe.

Israel rechtfertigte das Töten von ZivilistInnen damit, dass der Staat Sicherheit für seine Bevölkerung herstellen will. Die im Süden Israels wohnenden BürgerInnen lebten in ständiger Angst vor Raketen, die aus Gaza abgefeuert werden. In acht Jahren wurden etwa 10000 selbstgebaute Raketen (z.B. aus Laternenföh-



"Stoppt das Töten - beendet die Belagerung" Israelisch-Palästinensische Demonstration gegen den Krieg in Gaza. Tel Aviv, 7. Januar 2009

Foto: activestills.org

len gezimmert) abgefeuert, dabei starben in acht Jahren acht Menschen in Israel, etwa 30 wurden verletzt. Doch Bombardierungen, das lehrt uns die Geschichte, bringen niemals Sicherheit, sondern nur noch mehr Leid, Wut und Zerstörung. Die notwendige Verteidigung der Bevölkerung Israels kann nicht erreicht werden, wenn die Menschenrechte der PalästinenserInnen nicht anerkannt werden. Solange Menschenrechte nicht für alle gelten, wird der Widerstand gegen die Besatzung weitergehen.

Auch Israelis haben in Tel Aviv und im Ausland gegen die Kriegsverbrechen protestiert, viele SoldatInnen haben den Kriegsdienst verweigert.

Eine Hoffnung auf Frieden kann nur durch die Zusammenarbeit von palästinensischen und israelischen Kräften entstehen. Gruppen wie zum Beispiel Anarchists against the Wall (AATW) in Israel versuchen dies seit Jahren. Im Dezember 2008 wurde den AATW gemeinsam mit dem Komitee des Dorfes Bil'in die Carl-von-Ossietzky-Menschenrechtsmedaille für die Proteste gegen die Mauer verliehen.

Die Hamas wird hierzulande verurteilt, teilweise völlig zu Recht werden ihre reaktionären Inhalte und Methoden abgelehnt, aber sie stellt auch eine 2005 parlamentarisch gewählte Regierung, die unter ander-

em soziale Versorgungsdienste leistet und damit zum Überleben der Bevölkerung beiträgt. Mit dem Tunnelsystem an der Grenze zu Ägypten wurde die PalästinenserInnen wegen der Abriegelung vor allem mit lebensnotwendigen Gütern versorgt.

Es geht im Nahen Osten um Macht, das uralte Herrschaftsprinzip von "Teile und herrsche" wird fortgeschrieben, die Aufteilung in Schwarz und Weiss ohne Grautöne. Es geht um den Zugang zu Ressourcen, insbesondere Wasser, Erdgas und Öl. Ein Prinzip das weltweit für Krieg und Elend sorgt, noch nie sind weltweit so viele Menschen getötet worden, verhungert, verdurstet und an heilbaren Krankheiten gestorben, wie heute. Der Kolonialismus wirkt fort und wird brutal durchgesetzt.

Wer sich die Landkarte Palästinas und die Landverteilung seit 1948 ansieht, sieht ein schrumpfendes palästinensisches Gebiet, aufgespalten in Gazastreifen und Westbank. Die israelische Siedlungspolitik eignet sich immer mehr Land an, mit Selbstverteidigung hat das nichts mehr zu tun. Mit dem Bau der Mauer wird die Siedlungspolitik fortgesetzt und festgeschrieben.

Der Krieg gegen Gaza wurde von der Regierung Deutschlands unterstützt. Viele, auch sich links nennende AktivistInnen hierzulande, unterstützten

den Krieg als Selbstverteidigung Israels gegen die Bedrohung durch den Raketenbeschuss. Bomben sind jedoch keine Selbstverteidigung und beseitigen keinen Antisemitismus. Auch in Gaza gibt es Menschen die sich nichts sehnlicher wünschen als Frieden. Aber Krieg polarisiert, stärkt fundamentalistische Strömungen und schwächt die progressiven Kräfte. Mehr denn je brauchen emanzipatorische Kräfte in Palästina und Israel internationale Solidarität in ihrem

Kampf für eine gerechte Gesellschaft im Nahen Osten. Für die progressiven Kräfte ist es wichtig zu wissen, dass sie nicht alleine sind, dass es der internationalen Solidarität nicht egal ist, was ihnen passiert, auch nach dem Krieg: "...wir, die Zapatisten der EZLN, wissen wie viel es bedeutet, inmitten von Tod und Zerstörung ein Wort des Trostes zu hören. Ich weiß nicht wie ich es Ihnen erklären kann, aber es ist wirklich so, dass Worte aus der Ferne vielleicht keine Bombe auf-

halten können, aber sie sind als ob in der dunklen Wohnung des Todes ein Riss entstehen würde, durch den ein Lichtschein dringt." (Rede von Subcomandante Marcos zu Gaza, "Vom Säen und Ernten").

Solidarität mit den Menschen in Gaza und Sderot, und mit allen Kriegsopfern im Nahen Osten.

eine von vielen

weitere Texte:

www.antimilitaristische-gruppe.de.ms

"Weit und breit ist alles kaputt"

medico international zu Nothilfe im Gazastreifen / Update 3. Februar 2009

Die israelischen und palästinensischen medico-Partnerorganisationen führen ihr Nothilfeprogramm im Gazastreifen fort. Die „Palestinian Medical Relief Society“ versorgt Verletzte in ihren Kliniken und verteilt Decken, Matratzen und Wasser. Die „Ärzte für Menschenrechte – Israel“ schicken notwendige Medikamente.

Täglich entdecken die Mitarbeiter des medico-Partners Palestinian Medical Relief Society (PMRS) neue menschliche Tragödien. „Wir hören täglich von Verwundeten, die in und außerhalb von Gaza trotz der weltweiten Hilfsaktionen an ihren Verletzungen sterben. Viele Hunderte von Menschen werden noch immer vermisst. Ihre Familien leben in Ungewissheit, ob diese noch immer unter den Trümmern begraben liegen, oder ob sie in israelische Gefangenschaft geraten sind. Immer wieder finden wir Familien, die ohne Hab und Gut vor ihren Häusern kauern und sich in einer Art Schockstarre befinden“, berichtet der Direktor des PMRS-Nothilfeprogramms Dr. Aed Yaghi.

Die Ärzte für Menschenrechte – Israel (PHR-IL) schicken notwendige Medikamente und andere medizinische Hilfsgüter nach Gaza. Darüber hinaus konnten sie mehrere israelische Ärztedelegationen nach Gaza senden. Leider verbieten die israelischen Behörden die Einreise jüdischer Ärzte, sodass nur arabisch-palästinensische Israelis an diesen Missionen teilnehmen können. „Ganze Bezirke sind ausradiert worden. Es war unerträglich, sich das anzuschauen, aber

wir werden zurückkehren. Unsere Ärztedelegationen müssen helfen, wo sie nur können, etwa bei Operationen in den Krankenhäusern“, sagt Dr. Sahlah Hajj Yihyeh von PHR-IL.

Schneisen der Zerstörung

Um sich einen Überblick zu verschaffen, ist der deutsche Arzt Dr. Ralf Syring für medico international im Gazastreifen tätig. Er berichtet: „Es gibt zwei Arten von Zerstörungen. Zum einen die gezielte Zerstörung von ganz bestimmten Gebäuden. Zum anderen die Zerstörungen, dort wo Bodentruppen vordringen. Die israelischen Panzer haben dort einfach alles niedergewalzt - auch Hühnerfarmen, Häuser, landwirtschaftliche und zivile Infrastruktur. Weit und breit ist alles kaputt. Ein paar verbrannte Häuser stehen noch inmitten einer Mondlandschaft. Bei solchen Angriffen wurden auch sehr viele unbeteiligte Menschen getötet.“

Ein Großteil der Industrieanlagen und der landwirtschaftlichen Betriebe wurden zerstört. Darüber hinaus wurden Schulen, Krankenhäuser, Kliniken, Wasser-, Abwasser- und Elektrizitätsinfrastruktur, sowie andere öffentliche Gebäude zum Teil schwer beschädigt. Diese müssen dringend repariert werden. Die Einfuhr von Gütern, wie Zement, Eisen, Röhren oder Ersatzteile wird jedoch fast komplett verhindert. Seit Beginn der Waffenruhe dürfen nur durchschnittlich 135 LKW-Ladungen täglich die israelischen Grenzübergänge in den Gazastreifen passieren. Um den unmittelbaren Bedarf zu decken, wären laut UN jedoch mindestens 500

LKW-Lieferungen täglich nötig. Der Zugang von humanitärem Personal hat sich seit dem 23. Januar verbessert, erreicht aber noch nicht den notwendigen Umfang.

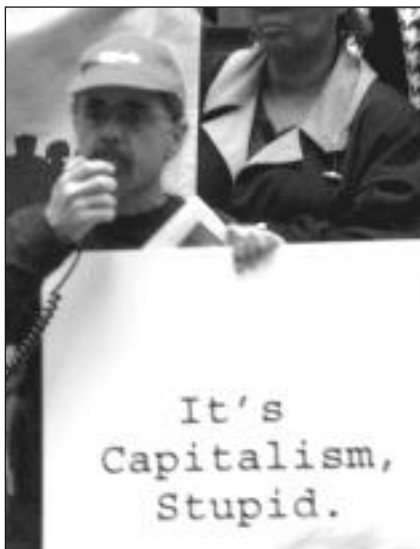
Kritik an Blockade

medico international fordert zusammen mit seinen Partnerorganisationen PMRS und PHR-IL die Aufhebung der Blockade des Gazastreifens. Der Repräsentant von medico international in Jerusalem, Tsafir Cohen, erklärt: „Die seit anderthalb Jahren andauernde Blockade hat zum Zusammenbruch des wirtschaftlichen und sozialen Lebens im Gazastreifen beigetragen und den Konflikt angeheizt. Eine weitere Eskalation der Gewalt ist nur mit einer politischen Lösung aufzuhalten, die für die Bewohner des Gazastreifens auch in einer schnellen Verbesserung des Alltagslebens sichtbar wird. Die Aufhebung der Blockade wäre ein solches sichtbares Zeichen.“ medico international ruft deshalb die Bundesregierung und die EU dazu auf, mit Israel und den palästinensischen Konfliktparteien zusammenzuarbeiten, um ein Ende der Blockade herbeizuführen.

Spendenauf Ruf für Gaza

Für die Wiederherstellung der medizinischen Grundversorgung und langfristige Rehabilitationsmaßnahmen werden weitere Spenden benötigt:

Spendenkonto: medico international
Frankfurter Sparkasse
Kontonummer 1800
BLZ 500 502 01
Stichwort: „Palästina“



KundInnen einzubinden, versuchten einige, Hypothekenkredite denjenigen anzudrehen, die sich eigentlich kein eigenes Häuschen leisten konnten. Mit Lockzinsen wurden ärmere Menschen in den USA dazu überredet, teilweise waren die Hypothekenzinsen zunächst niedriger als die Mieten. Weil die Löhne nicht anstiegen oder Jobs gestrichen wurden, konnten die steigenden Hypothekenzinsen nicht mehr bezahlt werden.

Faule Kredite und Zwangs-räumungen

Die Hypothekenkredite, bei denen ein sehr hohes Risiko bestand, dass sie nicht mehr zurückbezahlt werden konnten, wurden zu Wertpapierpaketen zusammengeschnürt, so dass immer noch Profit mit diesen Krediten erzielt werden konnte. Eigentlich war die Krise vorhersehbar, aber eine ganze Weile konnten einige sich dumm und dusslig an den Wertpapieren verdienen. Nun werden jeden Tag 10000 Menschen aus ihren Häusern in den USA zwangsgeräumt. Sie erhalten kein Rettungspaket.

Profit um jeden Preis

Die Ursache dieser Krise ist aber nicht nur auf dem Finanzmarkt zu suchen und bei denjenigen, die versuchten mit faulen Krediten noch mehr Profit zu erzielen. Sie taten nur das, was zum scheinbar guten Ton in diesem System gehört, nämlich aus Geld noch mehr Geld zu gewinnen, um jeden Preis.

Wirtschaft auf Pump

Es ging deshalb schief, weil eben Autos keine Autos kaufen, wie schon Henry Ford fest stellte. Es wurde immer mehr und immer mehr produziert, viel zu viel produziert, um die Märkte auszuweiten. Über Jahre hinweg wurden in den USA die Reallöhne gedrückt. Menschen mussten sich Zweit- und Drittjobs zulegen, um überhaupt über die Runden zu kommen. In vielen Konzernen wurde rationalisiert, Arbeitskräfte durch Maschinen ersetzt und unzählige Jobs an kostengünstigere Standorte ausgelagert. Um sich über Wasser zu halten, mussten die Menschen in den USA aufgrund der sinkenden Löhne noch mehr schuften. Die Kaufkraft sank und sank. Viele Lohnabhängige nahmen Kredite auf um ihren Konsum zu finanzieren. Und der US-amerikanische Staat selbst hat ein riesiges Handelsdefizit, die USA leben auf Pump, riesige Schuldenberge türmen sich auf.

Arm trotz Arbeit

Auch in Deutschland sind die Lebenshaltungskosten massiv gestiegen, während die Entwicklung der Löhne Einiges zu wünschen übrig ließ. Es fand wie in den USA eine dramatische Umverteilung von unten nach oben statt (nachzulesen im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung und in einer jüngst veröffentlichten Studie der OECD, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung). Die BRD ist Exportweltmeister, aber gleichzeitig ist die Kaufkraft im Inland selbst tief. Die Erwerbslosenzahlen sind hoch und werden mit statistischen Tricks der Arbeitsagentur geschönt. Und zahlreiche Menschen, die Jobs haben, müssen ihren viel zu niedrigen Lohn mit Hartz IV aufstocken - ein staatlich subventionierter Ausbau des Niedriglohnsektors in noch nie da gewesenen Ausmaßen. Und immer mehr Menschen leben in einem der reichsten Industrieländer der Welt weit unter dem Existenzminimum - krass sichtbar im Strassenbild der Städte, weil zahlreiche Menschen zum Beispiel in Mülleimern nach Pfandflaschen suchen müssen.

Wer kauft denn nun den ganzen Plunder?

Die jetzige Wirtschaftskrise ist eine Systemkrise und wird weltweit schwerwiegende Auswirkungen haben. Auch das Wirtschaftswunderland China ist davon betroffen, denn die beeindruckenden Wachstumsraten wurden mit Exporten in die Industrieländer des Nordens erzielt, die nun nicht mehr so viele Importe aus China kaufen können, seien sie noch so billig weil die chinesischen Löhne so tief sind. Manche Produkte gibt's zum Schnäppchenpreis, aber wohin mit dem Plunder? Die Autoindustrie in den USA ist eingebrochen, weil die Menschen sich nicht mehr so teure Benzinschlucker leisten können. In der BRD werden die Beschäftigten der Autoindustrie zur Kurzarbeit verdonnert, weil die Autos keine Absatzmärkte mehr finden, dadurch geraten Zulieferer unter Druck und zahlreiche Jobs werden gestrichen. Als Erste müssen die LeiharbeiterInnen gehen. Nebst der Finanz- und Autoindustrie wird es weitere treffen, auch BASF hat Probleme, weil sie nicht mehr so viele Autolackfarben verkaufen können.

Rettungspakete sind keine Lösung

Die staatlichen Rettungspakete bedeuten nur einen Aufschub, aber keine Lösung der Krise. Wie denn auch, da wird denjenigen noch mehr

**graswurzel
revolution**

Monatszeitschrift für eine gewaltfreie,
herrschaftslose Gesellschaft

...langjährigste und einflussreichste
anarchistische Zeitschrift ... Hauptorgane basisde-
mokratischer Aktionen. (Wikipedia)

Schnupperabo*: 5 Euro (3 Ausgaben)
* - umfasst sich eine Kündigung zum Jahresanfang. Kündigung jederzeit
möglich.

GWR-Vertrieb, Birkenbecker Str. 11, D-53947
Nettersheim, abo@graswurzel.net
www.graswurzel.net

Geld zugeschoben die schon zu viel davon hatten. Weitere Krisen stehen den Märkten bevor, vor allem die Kreditkartenkrise, denn viele Kreditkartenschulden können ebenfalls nicht mehr zurück gezahlt werden.

Soziale Bewegungen sind in den USA aktiv geworden, um sich gegen Zwangsräumungen einzusetzen, aber es sind viel zu wenige, die auf den Strassen sichtbar sind, viel ging im Wahltaumel unter. Der neue Präsident Obama, der auch wegen der Finanzkrise an die Macht kam, steht vor einer unlösbaren Aufgabe.

Und was tun wir?

In diesen Krisenzeiten sind viele soziale Bewegungen merkwürdigerweise weitgehend still (eine Großdemo in Berlin und Frankfurt wird geplant, mehr fällt ihnen scheinbar nicht ein). Die Krise ist schließlich ein Ausdruck dessen, dass auch ökologisch vieles schief läuft, zum Beispiel in Sachen Klimakatastrophe. So viele Menschen wie letztes Jahr im Wendland haben noch nie gegen Atomkraft demonstriert, da versucht wird, die Laufzeiten doch wieder zu verlängern und in teuren Werbekampagnen behauptet wird, radioaktiv strahlende AKWs seien Klimaschützer.

Gegen die Wand?

Diese Krise ist keine Finanzkrise, und der Kapitalismus hat nicht nur das Problem, dass Wachstum auf Kosten der Umwelt erfolgt. Es sind mehrere Widersprüche, wie zum Beispiel auch dass Tätigkeiten wie die Kindererziehung, Pflege von alten Menschen, usw. größtenteils nicht als Teil der bezahlten Wirtschaft betrachtet werden, aber dennoch lebensnotwendige Bereiche sind. Sie werden meist unbezahlt von Frauen verrichtet. Und nebst der zunehmenden Ungleichheit zwischen Arm und Reich, sowohl zwischen der nördlichen und südlichen Halbkugel wie auch innerhalb der Länder, einer immer größeren Kluft, ist dieses System für beinahe ein Siebtel der Weltbevölkerung tödlich. Aufgrund der Klimaveränderungen wird es zu weiteren Ernteausfällen kommen (Dürre, Überschwemmungen, Wirbelstürme, usw.), dann könnte die Hälfte der Weltbevölkerung von Hunger betroffen sein. Für viele Überlebende bedeutet dieses System

einen ständigen Kampf um die Sicherung der Grundbedürfnisse, eine unzureichende Gesundheitsversorgung, und die Notwendigkeit sich in irgendeiner Abhängigkeit ein Einkommen zu erwerben (weil viele als Kleinbäuerinnen und Kleinbauern nicht mehr von der Landwirtschaft leben können), als Erwerbslose auf klägliche staatliche Unterstützung angewiesen zu sein oder sich informell Arbeit organisieren zu müssen. Und selbst für diejenigen Menschen, die irgendwie über die Runden kommen, fragt sich, was das Ganze soll. Viele sind ausgepowert, haben's schon lange satt, unter immer schwierigeren Bedingungen ausgebeutet zu werden. Warum wird auf der Welt so viel geschuftet und so viel produziert? Wo bleibt der Wert von dem was alles geschaffen wird? Die Armen werden trotzdem immer ärmer, einige wenige werden immer reicher und das Klima ist futsch... von den unzähligen anderen unangenehmen Begleiterscheinungen ganz zu schweigen.

Runter vom Sofa!

Leute die nicht wollen, dass alles noch viel schlimmer kommt, können es sich nicht leisten, einfach nur zuzugucken und abzuwarten wie sich die Krise entwickelt. Wir erleben eine fette Rezession. Auf die letzte Weltwirtschaftskrise folgten Krieg und Faschismus. Die Situation heute ist zwar anders, aber es drohen autoritäre, totalitäre Strukturen, wenn Ressourcen noch knapper werden und noch ungleicher verteilt werden sollen. Die Festung Europa wird ausgebaut und Armeen werden aufgerüstet, um auf Piraten vor Somalia zu schießen, die Transportwege für Ressourcen abzusichern und um die Verteidigung am Hindukusch und sonstwo zu gewährleisten. Soziale Bewegungen müssen entschieden jeglichem Rassismus und Antisemitismus entgegen treten, denn in Krisenzeiten werden leider schnell mal Sündenböcke gesucht.

Wer wenn nicht wir!

In Krisenzeiten ist es notwendig, sich zusammen zu schließen und gemeinsam zu überlegen, was los ist und sich gegenseitig zu unterstützen um Handlungsmöglichkeiten zu suchen. Letztlich wird kein noch so grosses Rettungspaket und kein noch so charismatischer Obama uns aus dem Schlamassel heraushelfen. Wie wird was von wem wozu produziert? Wie vermeiden wir den Klimakollaps? Können wir Arbeit als sinnvolle Tätigkeit sowie unser Leben völlig neu organisieren? Das sind Fragen, an denen entlang wir weiter denken sollten, um zu wirklichen Lösungen zu kommen. Wenn sich was ändern soll, dann von unten.

Gemeinsam sollten wir zukunftsweisende Überlegungen anstellen... Wie schaffen wir Selbstorganisation mit einer solidarischen Grundhaltung entlang von Notwendigkeiten und Lebenssinn? Es geht um ein Leben in Würde für alle Menschen, frei von Krieg.

Autonomes Krisenkollektiv - Panikfraktion



Profitabler Naturschutz

Es überrascht bzw. schockiert immer wieder wie allumfassend im Kapitalismus sämtliche Lebensbereiche seiner Verwertungslogik unterworfen werden. Für Naturschutzgebiete, Nationalparks und Biosphärenreservate, die mittlerweile 13% der globalen Landfläche beanspruchen (Tendenz steigend), wurde dieses Thema bislang jedoch kaum kritisch beleuchtet.

Hier liegt der Verdienst von Klaus Pedersen, der mit seinem Buch "Naturschutz und Profit" diese auf den ersten Blick scheinbar erfreuliche Entwicklung unter die Lupe nimmt. Sein Anliegen ist es, "mit einem grundsätzlichen und weit verbreiteten Missverständnis aufzuräumen – dem unhinterfragten, positiven Image von 'Naturschutz'." (S. 13)

Vertreibungen im Namen der Natur

Das in zwei große Teile gegliederte Buch beschäftigt sich in der ersten Hälfte mit den Menschen im Süden, die unter der derzeitigen, kapitalistischen Profitlogik folgenden Naturschutzpraxis zu leiden haben.

Da die Lebensgrundlagen und Subsistenzstrategien der Menschen im Süden ganz wesentlich auf lokalen Ressourcen basieren, stellt deren eingeschränkte oder teils völlig untersagte Nutzung in Naturschutzgebieten eine existenzielle Bedrohung dar, schlussfolgert Pedersen. Schlimmer noch: im Namen des Naturschutzes kommt es häufig zu massenhaften Vertreibungen: "Niemand verlässt freiwillig ein Gebiet, in dem er auskömmlich leben kann. Deshalb wurden diese Menschen aus den designierten Biosphärenreservaten und Nationalparks gewaltsam vertrieben. Global betrachtet wurden sie vertrieben, weil es die Zwänge des 'freien' Marktes erforderten." (S. 14)

Pedersen beschreibt diese

Vertreibungsprozesse, denen allein in Afrika 14 Millionen vollkommen entschädigungslos zum Opfer gefallen sind, ausführlich anhand dreier Fallbeispiele in Mexiko, Tansania und Uganda. Dabei wird verschiedentlich auch die deutsche Rolle gestreift, etwa wenn erwähnt wird, dass die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) sich in Uganda mitschuldig an der Vertreibung von 130.000 Menschen gemacht hat. [...]

Die Profiteure des "Schutz"-Business

Im zweiten Teil des Buches geht der Autor auf die Profiteure des Naturschutzgeschäfts ein. Dazu gehören u.a. verschiedene im Umweltbereich tätige Nichtregierungsorganisationen (NGOs), wobei sich v.a. der World Wildlife Fund (WWF), The Nature Conservancy (TNC), Conservation International (CI) und die Wildlife Conservation Society (WCS) dadurch hervortäten, "Naturschutzziele gegenüber den indigenen und lokalen Gemeinschaften besonders rücksichtslos zu vertreten." (S. 52)

Die internationalen Naturschutz-NGOs sind mittlerweile zu riesigen Unternehmen mutiert, die nicht unwesentlich von der Industrie gesponsort werden, der sie einerseits ein "grünes Mäntelchen" verschaffen. Andererseits sind diese Naturschutz-NGOs jenen Konzernen (Pharma- und Saatgutsparte) behilflich, das mit der Inwertsetzung genetischer Ressourcen nicht so schnell hinterherkommen, wie andere Industriezweige (Bergbau, Holz) die Natur zerstören. Durch die von den Naturschutz-NGOs forcierte Schaffung von Schutzgebieten bleibt ein Teil der Biodiversität erhalten und kann später profitabel genutzt werden. Insbesondere Pharmakonzerne haben hier ein großes Interesse, um sich mit der Patentierung traditioneller Heilpflanzen "Innovation" sichern.

Neben weiteren Themen wie der Zonierung von Waldflächen zur industriellen Holzgewinnung bildet der Klimaschutz einen weiteren Schwerpunkt des Buches. Dabei wird ebenso auf die Problematik sog. CO₂-Senken eingegangen, die zur Querfinanzierung der Kosten für Naturschutzgebiete herangezogen werden, wie auch auf den Boom der Biokraftstoffe. Pedersen beschreibt wie unter dem Label der Nachhaltigkeit eine "Umwidmung von Anbauflächen, die für die Produktion von Nahrungsmitteln oder Tierfutter genutzt werden, in Anbauflächen für Biomasse" stattfindet. (S. 104) Während so die weltweite Nahrungsmittelversorgung immer kritischer wird, sieht sich die Politik dazu veranlasst, Hungeraufstände militärisch niederzuschlagen.

Systemfrage

Doch Klaus Pedersens Buch verbleibt nicht bei dieser Besorgnis erregenden Bestandsaufnahme. So zeigt der Autor darüber hinaus auch auf, wie und auf welche Weise sich derzeit teils erfolgreich Widerstand formiert. Erfreulich ist Pedersens Plädoyer, das Thema "Naturschutz und Profit" in einen breiteren Kontext einzuordnen: "Es geht also darum, Naturschutz als Facette eines zerstörerischen Gesellschaftssystems mit seinen desaströsen sozialen und ökologischen Folgen zu begreifen." (S. 14ff.)

Das Buch bietet einen gut lesbaren und kompakten Überblick, der anhand zahlreicher Exkurse, Kästen und Tabellen anschaulich in die Thematik "Naturschutz und Profit" einführt. Einziger Kritikpunkt ist die etwas unterbelichtete Rolle deutscher Institutionen bzw. NGOs. Auch wenn diese immer wieder am Rande gestreift werden, wäre eine etwas ausführlichere Betrachtung wünschenswert gewesen.

Autor: Jürgen Wagner

Klaus Pedersen

Naturschutz und Profit

UNRAST-Verlag

Münster 2008

ISBN 978-3-89771-476-2



Europäische Vernetzung im Aufwind

Fast 100 Menschen aus acht europäischen Ländern und Mexiko kamen Anfang Dezember in Barcelona zusammen. Mit diesem „Europäisches Treffen zur Verteidigung der zapatistischen Autonomie“ scheint die Vernetzung zwischen europäischen Solidaritätsgruppen wieder an Kontinuität gewonnen zu haben.

Vertreten waren ca. 35 Gruppen aus Spanien, Frankreich, Italien, Griechenland, Belgien, der Schweiz, Norwegen, Mexiko und Deutschland. Neben der Auswertung der Europäischen Karawane durch Chiapas im Sommer 2008 (siehe auch TyL#64) ging es auch um einen Austausch zu den lokalen Kämpfen, in die viele der Gruppen eingebunden sind.

Für die lokalen BesucherInnen des

Treffens fanden parallel Veranstaltungen und Filmvorträge statt.

Kritisch wurde von mehreren Gruppen die Einladung der EZLN an einzelne europäische Politiker zum Festival de la Digna Rabia gesehen. Der Hintergrund hierzu ist die klare Absage der Otra Campaña und auch der zapatistischen Bewegung an das Parteiensystem in Mexiko.

Ein großer Diskussionspunkt auf dem Europäischen Treffen war die aktuelle Reise der Menschenrechtskommission (CCIODH) durch Oaxaca, Atenco und Chiapas. Die Kommission wurde 1997 während eines Europäischen Treffens der Chiapas-Solidarität gegründet. Während der Reise 2008 trafen sich TeilnehmerInnen der Kommission mit dem Gouverneur von Chiapas, Juan Sabines Guerrero zu einem Essen. In einem Zeitungs-

sartikel der „La Jornada“, wurden zudem Aussagen der Kommission so dargestellt, dass dem Gouverneur zum Teil die Verantwortung an der Repression gegenüber den Zapatistischen Gemeinden abgesprochen wurde. Diese Punkte wurden von der EZLN scharf kritisiert, die nun die Unabhängigkeit und Objektivität der Kommission bezweifelt. Für diese Vorfälle hat sich inzwischen ein Teil der CCIODH öffentlich entschuldigt. (mehr dazu unter www.cciodh.pangea.org).

Das nächste Treffen der europäischen Solidaritätsgruppen ist für Mai 2009 in Südfrankreich geplant. Mehr Informationen unter:

www.europazapatista.org



Solidarität von Berg zu Berg

Die Chiapas-Gruppe Tirol stellt sich vor

Die Chiapas-Gruppe Tirol besteht nun seit dem Jahr 2004 in Innsbruck und wir erklären uns solidarisch mit den Menschen in Chiapas, d.h.:

- Wir informieren über die Geschehnisse in Chiapas und stehen in direktem Kontakt mit Menschen und Organisationen dort.

- Wir unterstützen Projekte und Initiativen von autonomen zapatistischen Gemeinden und Organisationen.

- Wir beschäftigen uns bei unseren Treffen mit Texten, Erklärungen und Manifesten der zapatistischen Bewegung.

- Wir wollen den Aufruf der ZapatistInnen ernst nehmen: „Beschäftigt euch mit eurer sozialen Wirklichkeit und verändert sie!“ Wir denken global und handeln lokal.

- Wenn es stimmt, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein der Menschen bestimmt (Karl Marx), dann gilt es, dieses Bewusstsein zu hinterfragen und zu kritisieren, die darin verwobenen gesellschaftlichen Strukturen aufzudecken und Herrschaftsverhältnisse aufzuspüren.

Wir veranstalten Vorbereitungsseminare zur Menschenrechtsbeobachtung in Chiapas, bei denen ihr ein Empfehlungsschreiben („aval“) bekommt, welches vom Menschenrechtszentrum FrayBa in San Cristóbal de las Casas / Chiapas anerkannt wird.

Themen, die im Seminar u.a. behandelt werden:

- Menschenrechtsbeobachtung: Was

ist das? Welches sind die Ziele? Worin bestehen die Aufgaben?

- Begegnung mit anderen Kulturen und Fremdheitserfahrung

- Mexiko: Geschichte, Gesellschaft, Politik, Zapatismus

Anhand von Erfahrungsberichten, Rollenspielen, Diskussionen, Filmen etc. werden Aufgaben und Ziele der Menschenrechtsbeobachtung erarbeitet.

Das letzte Vorbereitungsseminar fand im Mai 2008 statt und war eine Bereicherung für uns als Gruppe, weniger im Sinne eines Lehr-Lern-Verhältnisses, denn als eine Diskussionsplattform. Die TeilnehmerInnen aus Österreich, Deutschland, Mexiko und Italien trugen zu einem kurzweiligen Wochenende bei! Einige waren schon als BeobachterInnen in Chiapas und sind nun aktive Mitglieder der Chiapas-Gruppe Tirol. Termin für das nächste Vorbereitungsseminar:

13. & 14. Juni 2009

**Kontakt: oscar.thomas@dibk.at
chiapas.tirol@gmx.at**



Gerechtigkeit für Brad Will Freiheit für Juan Manuel Martínez



Foto: Hinrich Schulz
www.dokumentarfoto.de

Am 27. Oktober 2006 wurde unser Compañero, der Medienaktivist Brad Will in Oaxaca, Mexiko ermordet. Er starb, während er die Proteste der Bevölkerung gegen den Gouverneur Ulises Ruiz journalistisch und solidarisch begleitete. Am selben Tag fielen noch fünf weitere Protestierende den Angriffen von regierungstreuen Killerkommandos zum Opfer. Im Oktober 2008 verhaftete die mexikanische Polizei Juan Manuel Martínez Moreno, einen Aktivisten der Protestbewegung als angeblichen Mörder Brads. Dies geschah auf Druck der US-Regierung, die ein Milliarden-Militärpaket an Mexiko von Ermittlungserfolgen im Fall des US-Bürgers Brad Will abhängig machte. Kaum ein Fall zeigt die Farce der politischen Justiz in Mexiko offensichtlicher: Die Ermordung Brads ist auf Fotos und Videos dokumentiert, sein Mörder - ein Polizist in Zivil - längst namentlich identifiziert. Brad wurde erschossen, während seine Kamera lief. Mehr Infos z.B. auf www.chiapas98.de oder www.indypendent.org

8. August 2006:
Marcos García Tapia
9. August 2006:
Andrés Santiago Cruz
Pedro Martínez Martínez
Pablo Octavio Martínez Martínez
10. August 2006:
José Jiménez Colmenares
16. August 2006:
Gonzalo Cisneros Gautier
22. August 2006:
Lorenzo Sampablo Cervantes
1. Oktober 2006:
Daniel Nieto Ovando
2. Oktober 2006:
Arcadio Fabián
Hernández Santiago
3. Oktober 2006:
José Manuel Castro Patiño
5. Oktober 2006:
Jaime René Calvo Aragón
8. Oktober 2006:
Jesús Montalvo Velasco
14. Oktober 2006:
Alejandro García Hernández
18. Oktober 2006:
Pánfilo Hernández
20. Oktober 2006:
Alejandro López López
27. Oktober 2006:
Bradley Roland Will
Emilio Alonso Fabián
Esteban Ruiz
Esteban López
Zurita Olivera Díaz
Audacia Olivera Díaz
29. Oktober 2006:
José Alberto López Bernal
Fidel Sánchez García
Roberto López Hernández
8. Dezember 2006:
Raúl Marcial Pérez
19. Januar 2007:
Roberto Hernández Martínez
31. Januar 2007:
Marcelo Jacinto Hernández

Oaxaca: Eine mörderische Regierung